

21. März 1967



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

E/XV/67 - 21. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Treppenschlüsse</u> Zum "Stil" der Bonner Politik	41
2	<u>Kontakte werden inniger</u> Verstärkte Beziehungen Belgrad - Athen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	51
3 - 4	<u>München wartet auf die Entscheidung</u> Es geht um die Nachfolge von Thomas Wimmer Von Georg Kahn-Ackermann, München	79
5	<u>Vor den Kommunalwahlen an der Saar</u> Immer noch umstrittenes Wahlgesetz Von Friedrich Rogitz, MdL	51
6	<u>Erhöhte Radioaktivität</u> Gefahr für künftige Generationen Noch mehr Atomexplosionen in der Sahara?	53

* * *
* *

Treppenschlüsse

Zum "Stil" der Bonner Politik

sp - Zweimal hat Dr. Adenauer in den USA "Überlegungen angestellt", von denen keine antliche Stelle in Bonn etwas wußte; mindestens taten die befragten Stellen so, als wüßten sie nichts. Das war in Washington der Vorschlag, noch vor der Gipfelkonferenz eine Volksabstimmung in Berlin durchzuführen und in Los Angeles die Randbemerkung, daß "zwischen Bonn und Ostberlin vielleicht eines Tages Gespräche möglich sein könnten".

Der erste Vorschlag ist inzwischen als das gekennzeichnet worden, was er ist: eine interessante, aber doch nicht neue Überlegung, die durch keine Vereinbarung mit den Westmächten gedeckt ist.

Die Bemerkung von Los Angeles steht nach wie vor "im Raum". Sie jetzt politisch zu werten, wäre sinnlos, denn niemand weiß, ob der Bundeskanzler in Japan nicht genau das Gegenteil sagt.

Damit sind wir beim "Stil" der Bonner Politik angelangt. Als am vergangenen Samstag die Meldung aus Los Angeles kam, tanzten überall in Bonn - wie man so sagt - die Puppen. Beim Auswärtigen Amt suchte man nach einer Erklärung, und beim Westdeutschen und Norddeutschen Rundfunk verzichtete man um 13,00 und um 19,00 Uhr darauf, den Gedankenblitz Adenauers überhaupt nur als Nachricht mitzuteilen. Nur früh um 8,00 Uhr war eine kurze Bemerkung darüber gefallen. Erst im Laufe des Nachmittags konnte das Auswärtige Amt auf Anfragen von Journalisten mitteilen, der Herr Bundeskanzler habe eigentlich nichts Neues gesagt, es sei schon immer seine Meinung gewesen, daß ein Punkt erreicht werden könnte, an dem solche Gespräche möglich seien...

Nun muß man sich einmal vergegenwärtigen, was bisher von der CDU im Bundestag und auch an anderen Stellen gesagt wurde, wenn irgendjemand die Möglichkeit von Gesprächen zwischen Bonn und Pankow "an einem bestimmten Punkt" erwähnte. Sofort wurde der Verdacht der "kommunistischen Aufweichung" ausgesprochen.

Aber so geht das in der Bundesrepublik. Der Kanzler faßt einen einsamen Treppenschluß, und plötzlich sieht die Sache ganz anders aus. Weder im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, noch bei sogenannten vertraulichen Gesprächen zwischen den Parteien, noch bei irgendeiner anderen Gelegenheit wurde jemals von Regierungsseite auch nur andeutungsweise zugegeben, daß "ein Punkt erreicht werden könnte", an dem solche Gespräche möglich sein könnten.

Mit dieser Feststellung wollen wir es für heute bewenden lassen. Der ganze Vorgang kennzeichnet nur, was man den politischen "Stil" in der Bundesrepublik nennt.

+ + +

21. März 1960

Kontakte werden inniger

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Begegnungen zwischen jugoslawischen und griechischen Staatsmännern haben in letzter Zeit eine solch intensive Kontinuität erreicht, daß kaum mehr als vier Monate vergehen, ohne daß sich irgendwelche Minister, sei es in Belgrad, sei es in Athen, freundschaftlich die Hände drücken. Diesmal ist es der jugoslawische Wirtschaftsminister und einer der stellvertretenden Regierungschefs, Todorovic, der zu einem siebentägigen Staatsbesuch in der griechischen Hauptstadt weilt.

Seit dem letzten Besuch des griechischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Kanallopoulos in Belgrad hat sich zwar auch in der Balkanpolitik allerlei ereignet. Das zweifellos hervorstechendste Merkmal war, daß das bis dahin um eine Mittellinie zwischen den beiden Blöcken bemühte Belgrad eine sehr pro-griechische Haltung in Balkanfragen bezogen hat. Dies und der sich fast überschneidende Straußbesuch legen zwar eine Reihe interessanter aussenpolitischer Themen nahe, trotzdem dürften diese in den Athener Gesprächen eindeutig im Hintergrund stehen. Allein die Tatsache, daß der Wirtschaftsminister von dem Vorsitzenden des Komitees für Außenhandel begleitet wird, setzt den Schwerpunkt der Begegnung auf wirtschafts- und handelspolitische Fragen.

Nachdem die griechische Regierung trotz Immensor, vorwiegend jedoch für militärische Zwecke gesandenen Auslandshilfe nicht in der Lage war, mittels der marktwirtschaftlichen Automatik die brennenden sozial-ökonomischen Probleme des Landes zu lösen, hat sie sich zu einer genäßigten Interventionspolitik entschlossen. Nach einem zuerst auf fünf, kurz darauf auf zehn Jahre erweiterten Wirtschaftsplan soll die erste Phase einer gewissen Industrialisierung des Landes durchgeführt werden. Innerhalb der ersten fünf Planjahre (bis 1963) sollen aus öffentlichen Mitteln 21,7 Milliarden Drachmen aus ausländischen Anleihen in die griechische Wirtschaft investiert werden. Damit hofft man, die Privatwirtschaft zu bewegen, im gleichen Zeitraum weitere rund 70 Milliarden Drachmen aus eigenen Mitteln in die Wirtschaftsentwicklung zu pumpern.

Wenngleich die diesmal "ökonomische" Auslandshilfe vorwiegend von westlichen Verbündeten (Bundesrepublik) aufgebracht werden dürfte, verspricht sich auch die jugoslawische Wirtschaft ein günstiges Betätigungsfeld auf dem griechischen Markt. Bisher zeigte der bilaterale Warenaustausch zwischen den beiden Ländern nur einen langsamen, wenngleich stetigen Anstieg, den Jugoslawien durch einen stärkeren Export seiner Industrierzeugnisse erweitern möchte.

Das bedeutendste Hindernis auf diesem Wege dürfte jedoch der schon jetzt aufgelaufene Passivsaldo Griechenlands in der beiderseitigen Zahlungsbilanz sein. Eine Beteiligung Jugoslawiens an den griechischen Fünfjahrplanprojekten würde voraussetzen, daß es - nicht zuletzt unter dem kreditierenden Konkurrenzdruck anderer ausländischer Firmen - sich auch weiterhin zu einer indirekten (Zunahme des Passivsaldos) oder aber direkten Kreditierung der griechischen Entwicklung entschließt.

Mittel und Wege für eine Intensivierung der jugoslawischen-griechischen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft zu finden, wird zweifellos das wichtigste Anliegen des gegenwärtigen jugoslawischen Besuches in Athen sein.

München wartet auf die Entscheidung

Von Georg Kahn-Ackermann, München

Kein Bewerber um das Amt des Oberbürgermeisters der bayerischen Landeshauptstadt München hat einen so intensiven und dabei doch verhältnismäßig so lautlosen Wahlkampf geführt wie Dr. Hans Jochen Vogel, der gegenwärtige Rechtsreferent der Stadt. Die Kombination von unermüdlicher Energie und Sympathie erweckender Unaufdringlichkeit kennzeichnet den ehemaligen Amtsrichter, der für einen der begabtesten und talentiertesten Köpfe gehalten wird, die aus der jüngeren Garnitur bayerischer SPD-Politiker hervorgegangen sind.

Dr. Vogel zählt 34 Lenze. Sohn eines Münchener Hochschullehrers an der Universität Göttingen und auch dort geboren. Jugend ist übrigens das einzige, was Vogels christlich-soziale Gegner dem kenntnisreichen und tüchtigen Juristen vorzuwerfen wußten. Der Vorwurf wurde nicht sehr ernst genommen. Der gelegentlich jugenhafte Blick des sozialdemokratischen Oberbürgermeisterkandidaten weicht rasch, wenn es gilt, Entscheidungen herbeizuführen, Widerstände zu überwinden oder Argumente vorzutragen. Beherrschte Überlegung, gepaart mit spürbarer Herzlichkeit und kühles Abwägen mit einem gelegentlichen Schuß Ironie zeichnen Vogel in der Unterhaltung wie in der Debatte aus. Sie sind ein weiteres Kennzeichen seiner Persönlichkeit und die Ursache, warum es Dr. Vogel rasch gelang, sich weit über die sozialdemokratische Wählerschaft hinaus als der Bürgermeisterkandidat zu qualifizieren.

Dr. Vogel - der fähigste Kandidat der SPD

Die Gabe, durch das Gewicht seiner Persönlichkeit und seiner Arbeit Kontakte zu finden und Menschen auf eine ansprechende Weise für die Sozialdemokratie zu interessieren, hat Vogel übrigens nicht erst in diesem Wahlkampf unter Beweis gestellt. Er war jahrelang - und ist es in gewissem Sinne noch heute - der spiritus rector der Münchener "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker", deren zeitbezogene Veranstaltungsreihen mitunter zum Interessantesten gehören, was in München geboten wurde.

Dr. Vogels Name ist übrigens eng mit der unter der Regierung Högner durchgeführten Bereinigung bayerischen Rechts verknüpft. Während seiner Tätigkeit in der Staatskanzlei reduzierte Dr. Vogel die 176 Folianten bayerischer Gesetze und Verordnungen auf vier handliche Bände. Der einzige namhafte Schritt zur Verwaltungsvereinfachung, der in Bayern bisher getan worden ist.

Mit sicherem Blick hatte Dr. Högner sich eines Mitarbeiters versichert, dessen juristische Begabung, gepaart mit einem Blick für das Praktische, sich bereits auf der Universität gezeigt hatte. Als bester unter fast 400 Examenkandidaten hat Dr. Vogel 1951 das Staats-

examen bestanden, ein Jahr, nachdem er die hübsche Jurastudentin, die nun möglicherweise die "first lady" von München wird, geheiratet hatte. Acht Jahre später wechselte Dr. Vogel von der Staatskanzlei in das Rechtsreferat der bayerischen Landeshauptstadt hinüber, wobei für Eingeweihte schon damals wenig Zweifel bestand, daß die Münchener SPD sich damit den fähigsten Kandidaten für die Nachfolge von Thomas Wimmer geholt hatte, der zu haben war. Seiner Begabung nach ziel es Vogel nicht schwer, sich rasch und gründlich in das neue Amt einzuarbeiten und, was wichtiger war, einen Überblick über die wesentlichsten Dinge und Fragen zu gewinnen, die für München in den kommenden Jahren von entscheidender Bedeutung sein werden.

Schwierige und dornenvolle Aufgabe

Die Aufgabe, die auf Münchens neuen Oberbürgermeister wartet, ist bei allem Glanz der Stadt zum Teil schwierig und dornenvoll. Die Freunde Dr. Vogels bemerkten rasch, daß diese Realität ihren OB-Kandidaten nicht verborgen blieb. Es ist beinahe typisch für ihn, daß er nicht dem üblichen Rezept "wollen mal erst die Wahl gewinnen" erlag. Die Kräfte, die in und auf München wirken, sind sehr komplex. Ein Oberbürgermeister, der sich nicht auf eine starke Hausmacht stützen kann, würde nur ein halber Bürgermeister sein. Der in der Bundesrepublik einzigartige Zustrom zur Stadt und das mit diesem Zustrom verbundene Wachstum sowie die Lösung des Verkehrsproblems, welche das Zentrum der Stadt nach dem eucharistischen Kongreß in eine einzige Baugrube verwandeln wird, verlangen einen klaren Kopf, einen erstklassigen Mitarbeiterstab und eine starke Rückendeckung des künftigen OB bei seiner eigenen Fraktion im Rathaus.

Vogel hat deswegen nach langen eingehenden Diskussionen alle sozialdemokratischen Kandidaten auf sein - übrigens ungewöhnlich nüchternes aber mit einem Blick für das Wesentliche konzipiertes Programm verpflichtet, wobei er sich auch von vornherein für die in München stets besonders heiklen Personalprobleme einer gewissen Ellbogenfreiheit versichert hat.

Gerade diese Phase seiner Wahlvorbereitung hat gezeigt, über welch' außergewöhnliches Talent zum Koordinieren und zum fruchtbaren Zusammenarbeiten mit großen Beratungsgremien dieser Mann hat, von dem so viele Münchener weit über die Reihen der sozialdemokratischen Wähler hinaus hoffen, sein Wahlsieg möge den Beginn einer - allerdings auf bestimmten Münchener Traditionen wurzelnden - neuen Ära in der Kommunalpolitik der bayerischen Landeshauptstadt bedeuten.

Vor den Kommunalwahlen an der Saar

Von Friedrich Regitz, MdL.

Im Saarland werden am 15. Mai dieses Jahres die Gemeinde- und Kreisräte neu gewählt. Der Landtag des Saarlandes hat ein Wahlgesetz verabschiedet, das sich in wesentlichen Bestimmungen von dem des Jahres 1956 unterscheidet. So ist man zur gebundenen Listenwahl zurückgekehrt und hat das umstrittene System des Streichens von Kandidaten abgeschafft. Außerdem sollen erstmalig nur politische Parteien Kandidatenlisten aufstellen, so daß es im ganzen Land keine freien Listen geben wird. Entgegen früheren Bestimmungen darf eine politische Partei in einer Gemeinde nur einen Wahlvorschlag unterbreiten. Neu sind auch die 5-%-Klausel für Gemeinde- und Kreisrat und die Bestimmungen, die sich mit der Folge eines Parteiverbots wegen Verfassungswidrigkeit befassen. Mandate von Vertretern solcher Parteien sollen ersatzlos entfallen.

Gegen die Ausschaltung der freien Listen ist beim Verfassungsgericht des Saarlandes bereits Klage erhoben worden. Man argumentierte, damit sei ein Monopol für politische Parteien geschaffen, das dem Grundgesetz widerspricht, weil es das sogenannte negative Koalitionsrecht verletzt. Die Verfassungsrichter werden sich in jedem Fall mit dieser Klage zu befassen haben und könnten nach dem saarländischen Verfassungsgerichtsgesetz sogar eine einstweilige Verfügung gegen die Durchführung der Wahl erlassen. Ob es dazu kommt oder ob in einem längeren Zeitraum mit einem endgültigen Urteil zu rechnen ist, wird sich in Kürze entscheiden. Jedenfalls droht die Gefahr, daß die nach dem Wahlgesetz durchgeführten Wahlen als verfassungswidrig und damit als nichtig bezeichnet werden könnten.

Die Wahlauseinandersetzung wird sich in wesentlichen zwischen den drei großen Parteien des Landes, der CDU, der SPD und der DPS (FDP) abspielen. Es wird allgemein angenommen, daß die CDU auf Grund der erst vor knapp einem Jahr erfolgten Fusion mit der früheren CVP in zahlreichen Orten erhebliche Schwierigkeiten hat und ihr Ziel, die absolute Mehrheit, nicht erreicht. Der SPD billigt man die größten Chancen für eine Verbesserung ihrer Position gegenüber den früheren Wahlergebnissen zu. Sie hatte auf Grund der nationalpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 1955 bei den Gemeinderatswahlen am 13. Mai 1956 nur einen Prozentsatz von 18,6 % im Landesdurchschnitt erreicht. Dieses Ergebnis konnte sie bei den Bundestagswahlen des Jahres 1957 auf 25,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen verbessern. Da inzwischen die von dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Dr. Heinrich Schneider, geführte DPS weiterhin an Ansehen und Zugkraft verloren hat, ist anzunehmen, daß zahlreiche Wähler aus der Arbeitnehmerschaft sich wieder der SPD zuwenden.

Von den Splitterparteien, die sich um die Gunst der Wähler bemühen, wird kaum eine die Aussicht haben, die im Wahlgesetz vorhandene 5 %-Klausel zu überspringen. Einige Hoffnung macht sich nur die saarländische Volkspartei, die sich auf autonomistischem Kurs bewegt und die Absicht hat, die wegen der Eingliederung unzufriedenen Bevölkerungsschichten für sich zu gewinnen. Trotz der durch die unnachgiebige Haltung der Bundesregierung aufgetretenen sozialen Härten bei der Eingliederung steht die große Mehrheit der Saarbevölkerung nach wie vor zu ihrer Entscheidung vom 23. Oktober 1955 und damit zur Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland.

Erhöhte Radioaktivität

zu. - Während in Genf das Ringen zwischen den Delegationen der Großmächte um Abrüstungsvereinbarungen anhält, hat Frankreich sinnigerweise zum Chruschtschow-Besuch die weitere Explosion eines atomaren Sprengkörpers in der Sahara angekündigt. Dabei sind gerade nach der letzten Sahara-Explosion Einzelheiten über Strahlungsschäden bekannt geworden, welche von jeder Maßnahme abraten sollte, die der natürlichen Radioaktivität auch noch künstliche Strahlungen zuführen.

Der erschütterndste Bericht aber kam aus Nagasaki. Dort wurde jetzt, 15 Jahre nach der Explosion der Atombombe, ein Kind ohne Gehirn geboren. Die Eltern des Kindes, das nur 24 Stunden zu leben vermochte, waren damals bei der Explosion der Atombombe dabei. Japanische Gynäkologen sind der Auffassung, dass 1945 die Erbträger beider Elternteile durch den Strahlungseinfluss geschädigt wurden, und dass jetzt beim Zusammentreffen der Schädigungen der bedauerenswerte Säugling die Folge war.

Ein Schlaglicht auf mögliche Gefahren, welche die natürliche Erdstrahlung bereits anrichtet, wirft ein Bericht aus Schweden. Im abgelegenen Bezirk Örebro wurden jetzt einige verkrüppelte Kinder festgestellt, die noch nie in ärztlicher Behandlung waren, weil sich die Eltern ihrer schämten. Einige Wissenschaftler in Stockholm sind der Auffassung, dass die Schieferlager, die unter den Wäldern des Bezirkes Örebro liegen, mit reichem Uranvorkommen durchsetzt sind und die verkrüppelten Kinder die Folge von Strahlungsschäden der Eltern sind.

So ist es zu begrüßen, dass in Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren die Strahlenkommission der Weltgesundheitsorganisation die Auswirkungen der radioaktiven Strahler auf das menschliche Erbgut feststellen wollen. Dabei soll denn auch versucht werden, zwischen den Auswirkungen von Kernwaffenversuchen und den Folgeerscheinungen der normalen Radioaktivität bei Kindern zu unterscheiden. Koch bevor diese Auswertung vorliegt, kann aber die Forderung erhoben werden, dass der natürliche Strahlungsspiegel auf der Erdoberfläche auf keinen Fall durch künstliche Niederschläge, die von Atombomben herrühren, vermehrt werden sollte.

Noch nie sind so nahe am dichtbevölkerten Europa atomare Sprengkörper explodiert, wie das jetzt in der Sahara der Fall ist. Man weiss dass in gewissen Zeitabschnitten Windströmungen in nördlicher Richtung den Saharasand bis an den Alpenrand zu tragen vermögen. Dieser Sand aber kann mit den heissen Körnern durchsetzt sein, wie sie uns früher bereits die in 50 Kilometer Höhe liegenden Strahlströme von den sibirischen Bombenexplosionen zugetragen haben. Wenn sich auch keine unmittelbaren Schäden bis jetzt feststellen lassen, so wissen wir doch nicht, welche erbicologischen Schäden bereits heute laufend und jetzt sogar aus der nahen Sahara an jeden von uns herangetragen werden können.

Ein weiterer Bereich der Schadensmöglichkeiten ist durch die Sahara experimente in unsere unmittelbare Nähe gerückt worden. Man weiß, daß die radioaktive Strahlung mit den Niederschlägen auf die Erde zurückfällt und besonders von kalkarmen Böden festgehalten wird und über die Weiden in die Kuhmilch wandert. Die Halbwertszeit des vom menschlichen Körper aufgenommenen Strontium 90 beträgt dabei rund 50 Jahre und ist somit für heranwachsende Kinder, die Strontium 90 wie Calcium in den Knochengelenken stapeln und bei der Heranbildung der Blutkörperchen nicht auseinanderzuhalten vermögen, höchst gefährlich. + + + - 7

Verantwortlich: Günter Markscheffel